

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Johanne Modder (SPD), eingegangen am 21.03.2012

Niedersachsens TK-Zukunft - Wie ist der Zwischenstand?

Bei dem bundesweit einzigartigen Projekt Niedersachsen Next-Generation-Network (NI-NGN) sollen die bislang getrennten Daten- und Sprachnetze sowie die Bereiche Festnetz und Mobilfunk zusammengeführt werden. Damit soll es erstmals für alle Dienststellen einer Landesverwaltung eine hoch automatisierte und konvergente Kommunikationsstruktur mit einem einheitlichen Betriebsmodell geben, das ganzheitlich sowohl die technischen als auch die rechtlichen Anforderungen in der Landesverwaltung berücksichtigt.

Vor etwas mehr als einem Jahr teilte Innenminister Uwe Schönemann dem Landtag mit (Drs. 16/3322), die Auftragnehmerin des Vertrages TK 2010, die EWE Tel GmbH, halte alle vertraglichen Verpflichtungen ein. Es sei jedoch anfänglich zu Verzögerungen bei der Migration von Telefonanschlüssen und dem Aufbau des Weitverkehrsnetzes gekommen. Wörtlich teilte der Minister mit: „Gegenüber der ursprünglichen Planung ergibt sich dadurch eine Verzögerung von ca. einem Jahr.“ Zudem erklärte der Minister mit Stand Ende Januar 2011, dass die Umschaltung der einzelnen Verbindungen des Weitverkehrsnetzes (WAN) eingeleitet worden sei. Die Migration werde Mitte des Jahres 2011 abgeschlossen sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Projektstand, wie weit hinkt das Projekt TK 2010 hinter dem ursprünglichen Zeitplan hinterher (Stand März 2012)?
2. Wie viele Liegenschaften sind bereits im Rahmen des Projekts TK 2010 an das neue Netz angeschlossen?
3. Gab es im Jahr 2011 Hinweise vonseiten der Fachleute des LSKN, die EWE Tel GmbH könne der Herausforderung nicht gewachsen sein?
4. Wurde im Zuge des Projekts TK 2010 das Beratungsunternehmen „Infora“ eingeschaltet?
5. Wenn ja, wann und aus welchem Grund?
6. Gab es Hinweise vonseiten der niedersächsischen Polizeipräsidenten an die Landesregierung, es gebe ernste Zweifel an der Funktionsfähigkeit des neuen Landesdatennetzes?
7. Ist es richtig, dass das federführende Innenministerium bereits eine Aufhebung, Kündigung oder sonstige Veränderung des Vertrages mit der EWE Tel GmbH empfohlen hatte?
8. Hat es in der zweiten Jahreshälfte 2011 ein Gespräch oder mehrere Gespräche zwischen Ministerpräsident David McAllister und EWE-Vorstandschef Werner Brinker zum Thema TK 2010 in den Räumen der Staatskanzlei gegeben?

(An die Staatskanzlei übersandt am 26.03.2012 - II/72 - 1319)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 41.21-02804/2000 -

Hannover, den 30.05.2012

Die Firma EWE-Tel GmbH als Generalunternehmerin hat zusammen mit ihrer Projektgesellschaft nordcom Niedersachsen (ncN) den Auftrag, die bisher getrennten Netze des Landes Niedersachsen für Daten und Sprache zu einem modernen, konvergenten Netz auf Basis des Internet-Protokolls (IP) zusammen zu führen. Rund 75 000 Arbeitsplätze sind hiervon betroffen.

Der Vertrag wurde 2009 geschlossen und hat ein Volumen von ca. 164 Mio. Euro, gerechnet über die Vertragslaufzeit von sechs Jahren.

Aufgrund der Komplexität des Projektes haben die aufeinander aufbauenden Planungsphasen der einzelnen Projektabschnitte in der Summe wesentlich mehr Zeit in Anspruch genommen als vorhergesehen. Inzwischen sind alle Dienststellen an ein neues Weitverkehrsnetz angeschlossen. Der Betrieb läuft reibungslos.

Am 23.04.2012 hat das maßgeblich an TK2010 beteiligte Subunternehmen Nextira One die Eröffnung des sogenannten Schutzschirmverfahrens beim Amtsgericht Potsdam gemäß dem am 01.03.2012 in Kraft getretenen „Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG)“ beantragt. Die Auswirkungen auf den weiteren Projektverlauf (Umstellung der Dienststellen auf den Betrieb von neuen Hausdatennetzen und auf IP-Telefonie) sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschätzbar. ncN hat zugesichert, sämtlichen Verpflichtungen aus dem Vertrag nachkommen zu können.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Das Projekt TK2010 wird aus technischen und organisatorischen Gründen in drei Phasen (Ausführungsplanung, Migration des Weitverkehrsnetzes (WAN), Standortmigration) realisiert, die zeitlich nacheinander ablaufen müssen.

Der Anschluss der Liegenschaften an das Weitverkehrsnetz wurde im Zeitraum November 2010 bis Juni 2011 durchgeführt und abgeschlossen (s. auch Antwort zu Frage 2). Gegenüber der ursprünglichen Planung ergibt sich dadurch eine Verzögerung von ca. zwölf Monaten bezüglich des Startzeitpunktes. Die Abnahme der Migration des Weitverkehrsnetzes fand im Januar 2012 statt.

Die dritte Projektphase (Standortmigration), die u. a. die Einführung der IP-Telefonie in den Dienststellen beinhaltet, wurde im Dezember 2011 mit der Migration der ersten Dienststellen (Referenzinstallationen beim NLWKN Brake, Oldenburg Kolleg, MEN Oldenburg und LSKN Hannover) in der Landesverwaltung gestartet. Für die Standortmigration ergibt sich aufgrund von Verzögerungen bei den Referenzinstallationen ein weiterer Zeitverzug von ca. acht Monaten.

Zu 2:

Alle Liegenschaften der Landesverwaltung sind an das neue Landesnetz NI-NGN angeschlossen worden. Es wurden ca. 1 140 Netzknoten (Router) in den Dienststellen der Landesverwaltung ausgetauscht und parallel dazu das alte Landesnetz iznNet zurückgebaut. Die durchschnittliche Bandbreite der Netzanbindung der Dienststellen wurde im Zuge dieser Umstellung um das Achtfache erhöht und hat zu einer spürbaren Verbesserung des Datendurchsatzes in der Landesverwaltung geführt.

Zu 3:

Die Auftragnehmerin hat im Rahmen des Vergabeverfahrens ihre Leistungsfähigkeit ausführlich nachgewiesen. So wurde u. a. die finanzielle und personelle Leistungsfähigkeit und das prinzipielle Vorhandensein des erforderlichen Know-hows belegt. Angesichts der o. g. Projektverzögerungen bestanden im Jahr 2011 Zweifel im LSKN an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Auftragnehmerin in Teilbereichen.

Nach der Bereitstellung des neuen Weitverkehrsnetzes und aufgrund des reibungslosen Betriebs sind diese Zweifel inzwischen weitestgehend ausgeräumt. Die Zusammenarbeit zwischen ncN und LSKN hat sich seit Abschluss eines Mediationsverfahrens deutlich verbessert (siehe Antwort zu Frage 5). Ob das o. g. Schutzschirmverfahren des Subunternehmers Nextira One Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Auftragnehmerin haben wird, wird derzeit geprüft.

Zu 4:

Ja.

Zu 5:

Das Beratungsunternehmen Infora wurde im Juli 2006 bezüglich der Neukonzeption und Vergabe der Netz- und Telekommunikationsdienste für die Niedersächsische Landesverwaltung mit der Unterstützung bei der Erstellung eines Leistungsverzeichnisses und der Mitwirkung bei der Vergabe beauftragt. Die Vergabe erfolgte im Wege eines europaweiten Vergabeverfahrens nach der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF).

Des Weiteren sind im Vertrag Leistungen im Rahmen der Projektphasen enthalten. Hierbei handelt es sich um Beratung und Unterstützung bei der Qualitätssicherung gelieferter Leistungen der ncN und der Durchführung von erforderlichen technischen Prüfverfahren. Diese Unterstützung begann im April 2009 und dauert, wie die Migration selbst, derzeit noch an.

Eine externe Unterstützung des LSKN war und ist notwendig und aufgrund der Komplexität des Projektes nicht nur üblich, sondern auch geboten.

Wegen der Größe und Komplexität des Projektes wurde zwischen ncN und LSKN die Durchführung eines Mediationsverfahrens vereinbart. Einer der Geschäftsführer der infora GmbH wurde zum Mediator bestimmt.

Zu 6:

Der Landesregierung hat keine Kenntnis über Hinweise der niedersächsischen Polizeipräsidentin und Polizeipräsidenten, aus denen sich Zweifel an der Funktionsfähigkeit des neuen Landesdatennetzes ergeben.

Durch die Migration des Weitverkehrsnetzes konnte auch die überwiegende Mehrzahl der angeschlossenen Polizeidienststellen eine erhebliche Verbesserung der Bandbreitenversorgung verzeichnen.

Zu 7:

Nein. Das Ministerium für Inneres und Sport hat zwar entsprechende Optionen geprüft, ist allerdings zu dem Ergebnis gekommen, dass die Durchführung eines professionell geführten Mediationsverfahrens eine zielführende Maßnahme ist. Dieses Verfahren ist inzwischen erfolgreich abgeschlossen worden.

Zu 8:

Nein.

Uwe Schünemann